



Einladung

Stadt Erlangen

Stadtrat

12. Sitzung • Donnerstag, 09.12.2010 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Vor Beginn der Stadtratssitzung ab 15:30 Uhr im Foyer des Rathauses:

Adventssingen der 3. und 4. Klassen der Friedrich-Rückert-Schule
vor dem Weihnachtsbaum

Nichtöffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

- | | | |
|-------|---|--------------------------------|
| 10. | Vorstellung der Mitglieder des neugewählten Jugendparlamentes der Stadt Erlangen | |
| 11. | Verabschiedung der Kinderbeauftragten Barbara Zeltner und Herbert Sauer | |
| 12. | Jahresschlussrede des Oberbürgermeisters mit Gedenken an die im Jahr 2010 verstorbenen Kolleginnen und Kollegen | |
| 13. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 13.1. | Anhebung der Strom-Grundversorgungspreise zum 1. Januar 2011 | III/015/2010
Kenntnisnahme |
| 13.2. | Wirtschafts- und Investitionsplan 2011 der GGFA Erlangen AöR | II/070/2010
Kenntnisnahme |
| 13.3. | Termine Bürgerversammlungen 2011 | 13-1/001/2010
Kenntnisnahme |
| 13.4. | Stadtrats- und Fraktionsanträge seit der letzten Stadtratssitzung | 13-2/073/2010
Kenntnisnahme |
| 13.5. | Veranstaltungen im Dezember 2010, Januar, Februar und März 2011 | V/010/2010
Kenntnisnahme |
| 13.6. | 10-Punkte-Programm für ein Haushaltskonsolidierungskonzept | 112/022/2010
Kenntnisnahme |
| 13.7. | Resolution des Beirates zur Erlanger Agenda 21 zum Sparpaket der Bundesregierung | 13/017/2010
Kenntnisnahme |

14. Bericht aus nichtöffentlicher Sitzung
15. Städtebauliches Einzelhandelskonzept (SEHK): Einbringung
Vortrag (ca. 20 Min) durch Herrn Dr. Stefan Leuninger, GMA mbH,
München
Gegen 18:00 Uhr
16. Fortführung des Agenda 21 - Schwerpunktthemas sozialERlangen 13/016/2010
Beschluss
17. sozialERlangen 2011 - Einrichtung eines Interkulturellen Gartens 13/015/2010
Beschluss
18. Umsetzung des Entwicklungsplans "Öffentlich-kulturelle Gebäude in
der historischen Innenstadt" Neustrukturierung/Generalsanierung des
Kultur-, Bildungs- und Kreativzentrums Frankenhof im Quartier B IV/013/2010/1
Beschluss
19. Krippenausbau: Fortschreibung der Priorisierungsliste für das Jahr 512/024/2010
2011 Beschluss
20. Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses 51/011/2010
Beschluss
21. Fraktionsantrag Erlanger Linke "Donnerstag ist Veggietag"
(Nr. 106/2010) Antrag der Erlanger Linken vom 25.10.2010 39/005/2010
Beschluss
22. Nachprüfungsantrag gemäß § 11 der Geschäftsordnung: Überprü- 611/058/2010/1
fungsantrag Nr. 127/2010 der SPD-Fraktion zu TOP 19 UVPA Beschluss
16.11.2010 "Städtebaulicher Entwurf BP Nr. T 244 a (3. Deckblatt) -
Vogelherd Süd-West -; Seniorenwohnen"
- Tischauflage**
23. Anfragen
24. Ehrung der langjährigen Mitglieder des Stadtrates:
Herr Robert Thaler für 15jährige Mitgliedschaft
Frau Jutta Helm und Frau Gisela Niclas für 20jährige Mitgliedschaft
25. Schlusswort für den Gesamtstadtrat durch Frau Stadträtin
Lender-Cassens, Fraktionsvorsitzende Grüne Liste

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 30. November 2010

STADT ERLANGEN

gez. Dr. Siegfried Balleis

Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden
müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter www.ratsinfo.erlangen.de abgerufen werden.

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
III/ESTW

Verantwortliche/r:
Frau Wüstner/Herr Wolfgang Geus/
Herr Matthias Exner

Vorlagennummer:
III/015/2010

Anhebung der Strom-Grundversorgungspreise zum 1. Januar 2011

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	09.12.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen
Ref. III, ESTW

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis. Der Aufsichtsrat der Erlanger Stadtwerke AG hat in seiner Sitzung am 5. Oktober 2010 der vorgeschlagenen Anhebung der Arbeitspreise der Strom-Grundversorgungstarife (ClassicER) mit Wirkung ab 1. Januar 2011 um die Höhe der Mehrbelastung aus der EEG-Umlage zugestimmt. Somit erhöhen sich die Strompreise ab 1. Januar 2011 um 1,483 ct/kWh (1,76 ct/kWh brutto).

II. Sachbericht

Erhöhung der Strom-Grundversorgungspreise zum 1. Januar 2011

Gemäß der Ausgleichsmechanismusverordnung (AusglMechV) vom 17. Juli 2009 sind seit dem 1. Januar 2010 die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die Strom an Letztverbraucher liefern, von der Pflicht befreit, den von den Übertragungsnetzbetreibern aufgenommenen EEG-Strom abzunehmen. Stattdessen haben die vier Übertragungsnetzbetreiber Ampri- on, EnBW, Transpower und 50HERTZ (ehem. Vattenfall) künftig den gesamten EEG-Strom über die Börse an den Markt zu geben. Im Gegenzug dazu sind die Elektrizitätsversorgungs- unternehmen, die Strom an Letztverbraucher liefern, verpflichtet, für jede gelieferte Kilowatt- stunde Strom eine EEG-Umlage an die Übertragungsnetzbetreiber zu entrichten. Aus dieser bundesweit einheitlichen Umlage soll die Differenz aus den Einnahmen und Ausgaben der Übertragungsnetzbetreiber bei der EEG-Umsetzung gedeckt werden.

Jeweils bis zum 15. Oktober eines Kalenderjahres wird auf www.eeg-kwk.net die EEG- Umlage für das folgende Kalenderjahr veröffentlicht.

Durch den starken Ausbau von regenerativen Erzeugungsanlagen in Deutschland wird die EEG-Umlage für das Kalenderjahr 2011 nochmals deutlich ansteigen. Es erfolgt eine Erhö- hung der EEG-Umlage von derzeit 2,047 ct je Kilowattstunde auf 3,53 ct je Kilowattstunde.

Unter Berücksichtigung dieser Mehrkosten aus der EEG-Umlage ergibt sich für die ESTW folgende Kostensituation:

Grundversorgung (ClassicER Tarife)	
Abgabemenge rd. 100 Mio. kWh x 1,483 ct	= 1,5 Mio. €

Die Mehrkosten aus der EEG-Umlage im Bereich der Grundversorgung in Höhe von 1,5 Mio. € können von den ESTW nicht mehr durch eigene Kosteneinsparungen aufgefan- gen werden. Es ist deshalb notwendig, diese Mehrkosten aus der EEG-Umlage in voller Hö- he durch eine Erhöhung der Strompreise an die Kunden weiterzugeben.

Zum 1. Januar 2011 ist deshalb eine Erhöhung der Strompreise um 1,483 ct Kilowattstunde

netto erforderlich. Für einen Haushalt mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 3.500 kWh beträgt die jährliche Mehrbelastung durch die EEG-Umlage ca. 62 € brutto.

Die Preise für unsere Kunden im Grundversorgungstarif werden mit einem zeitlichen Vorlauf von 6 Wochen (Veröffentlichungspflicht nach Grundversorgungsverordnung) angepasst. Aus diesem Grund werden die neuen Preise der Grundversorgungstarife spätestens am 19. November 2010 öffentlich bekannt gemacht.

Die Sondertarife ERconomy werden ebenfalls zum 1. Januar 2011 um die Mehrkosten aus der EEG-Umlage erhöht.

Anlagen: Beispiele für Auswirkung der Strompreisanhebung

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Grundversorgungstarif (bei Eintarifmessung)

Stromverbrauch in kWh	Jahreskosten Preise 2010	Erhöhung in €	Erhöhung in %	Jahreskosten Preise 2011
1.500 kWh (Single)	388,04 €	26,47 €	6,82%	414,51 €
2.800 kWh (Paare)	667,54 €	49,41 €	7,40%	716,95 €
4.000 kWh (Familie)	925,53 €	70,59 €	7,63%	996,13 €
6.000 kWh (Großfamilie)	1.355,53 €	105,89 €	7,81%	1.461,42 €

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
II

Verantwortliche/r:
Herr Beugel

Vorlagennummer:
II/070/2010

Wirtschafts- und Investitionsplan 2011 der GGFA Erlangen AöR

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	09.12.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

Verwaltungsrat der GGFA AöR (Sitzung am 26.11.2010)

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

1. Die Stadt nimmt vom vorläufigen Wirtschaftsplan 2011 der GGFA Erlangen AöR mit einem Ergebnis/Defizit von – 116.460 Euro Kenntnis.
2. Der Investitionsplan 2011 der GGFA Erlangen AöR mit 109.500 Euro wird zur Kenntnis genommen.

Gesamt-Investitionskosten für 2011
(Vorjahr 2010: 97.350 Euro) 109.550 Euro

Erwartetes Defizit für 2011:
(Vorjahr 2010: + 4.892 Euro) - 116.460 Euro

Verlustrücklage/Betriebszuschuss für 2011:
(Vorjahr 2010: 0) 0 Euro

Für gewöhnlich wird der Wirtschafts- und Investitionsplan im HfPA aufgelegt; da der nächste reguläre HfPA erst im März 2011 stattfindet, erfolgt die Kenntnisnahme ausnahmsweise im Gesamtstadtrat.

Anlagen:

Anlage 1: Vorläufiger Wirtschaftsplan 2011

Anlage 2: Investitionsplan 2011

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

12.11.2010
Vorläufiger
Jahreswirtschaftsplan 2011

Inhalt	In C			Hörfählicher Bereich		g BGA (Integration GGFA)					Schul-projekt	BWZ	Fifty up-Projekte	TM-Projekte	qBoA	Gesamt
	FM	PV	IG	Option gesamt	Fifty up	Summe Übertr. Bereich	AGH	Jugend-projekte	AGH							
Erlöse/Zuschüsse																
Sonstige Erträge																
Umsatzerlöse BgA	0	0	0	0	0	0	0	0	552.064	13.334	6.666	0	0	0	552.064	552.064
									552.064	13.334	6.666	0	0	0	572.064	572.064
Sonstige Aufwandszuschüsse																
- EGT																
- GGF																
- Gewohr/Stadwerke																
- Stadt ER SKH + Sprachförderung																
- Stadt ER Zuschuss BIBER (einmalig)																
- Ben MF																
Summe Sonst. Aufwandszuschüsse	0	0	0	0	0	0	0	0	248.155	119.648	106.000	0	0	0	473.803	473.803
									248.155	119.648	106.000	0	0	0	528.803	528.803
Finanzmittel BMAS																
Finanz. Integration für Dritte																
Finanz. Integrationsm. f. GGFA																
- 16 e / EAZ																
- Mantelkosten GGFA																
- MAE/Fahrtkosten GGFA																
- Restkosten ES-Prof. aus EGT																
Projektkosten ES/Prof. aus EGT																
Summe Integration GGFA /Dritte	0	0	0	0	0	0	0	0	741.959	668.461	0	0	0	0	1.408.420	2.341.962
									741.959	668.461	0	0	0	0	1.408.420	2.341.962
Zuschuss BgA																
Zuschuss PK- NK, PGK																
Zuschuss BgA																
Summe Integration GGFA /Dritte	0	0	0	0	0	0	0	0	741.959	668.461	0	0	0	0	1.408.420	2.341.962
									741.959	668.461	0	0	0	0	1.408.420	2.341.962
Gesamtfinanzmittel BMAS	1.072.530	550.326	849.099	2.471.955	504.192	2.976.147	0	2.471.955	741.959	668.461	0	0	0	0	4.155.736	4.155.736
	1.072.530	550.326	849.099	2.471.955	504.192	2.976.147	0	2.471.955	741.959	668.461	0	0	0	0	4.155.736	4.155.736
Zuschüsse Fifty up																
Fifty up Verwaltung																
Fifty up Integration Dritte																
Fifty up Integration GGFA																
Fifty up Eingliederungszuschüsse																
Fifty up gesamt	0	0	0	0	0	504.192	0	504.192	504.192	504.192	0	0	0	0	504.192	504.192
	0	0	0	0	0	504.192	0	504.192	504.192	504.192	0	0	0	0	504.192	504.192
ZUSCHÜSSE GESAMT	1.072.530	550.326	849.099	2.471.955	504.192	2.976.147	0	2.471.955	741.959	668.461	0	0	0	0	4.155.736	4.155.736
	1.072.530	550.326	849.099	2.471.955	504.192	2.976.147	0	2.471.955	741.959	668.461	0	0	0	0	4.155.736	4.155.736
Einnahmen gesamt	1.072.530	550.326	849.099	2.471.955	504.192	2.976.147	0	2.471.955	741.959	668.461	0	0	0	0	4.155.736	4.155.736
	1.072.530	550.326	849.099	2.471.955	504.192	2.976.147	0	2.471.955	741.959	668.461	0	0	0	0	4.155.736	4.155.736
Materialaufwand																
Personalkosten	836.805	360.519	106.886	1.304.210	104.203	1.408.413	0	0	762.982	487.833	61.950	0	0	0	1.408.413	1.408.413
- Stammpersonal Incl. Altersvers.																
- Personalkosten Overhead	86.316	38.838	10.482	135.637	7.862	143.498	0	0	69.617	40.249	6.702	0	0	0	143.498	143.498
- Personalkosten Support	78.064	44.753	14.916	137.733	9.723	147.456	0	0	68.968	49.265	6.156	0	0	0	137.733	137.733
- Personalkosten Filbu	46.512	20.928	5.648	73.089	19.276	92.365	0	0	38.680	20.521	3.611	0	0	0	92.365	92.365
- Personalkosten Teilnehmer	0	0	0	0	0	0	0	0	37.404	0	0	0	0	0	37.404	37.404
Personalaufwand gesamt	1.047.697	465.039	137.933	1.650.669	141.064	1.791.733	0	0	977.651	597.869	78.419	0	0	0	1.791.733	1.791.733
	1.047.697	465.039	137.933	1.650.669	141.064	1.791.733	0	0	977.651	597.869	78.419	0	0	0	1.791.733	1.791.733
Abschreibungen																
- Abschreibungen	1.857	4.932	2.827	9.616	3.077	12.693	0	0	64.141	26.397	551	0	0	0	12.693	12.693
- Umlage Abschreibungen Overh.	8.030	3.132	1.976	12.938	4.732	17.670	0	0	6.483	3.737	624	0	0	0	17.670	17.670
Abschreib. gesamt	9.886	8.064	4.803	22.554	7.809	30.363	0	0	70.624	30.134	1.175	0	0	0	30.363	30.363
	9.886	8.064	4.803	22.554	7.809	30.363	0	0	70.624	30.134	1.175	0	0	0	30.363	30.363
Sonstige betr. Aufwendungen																
- Sachkosten	41.214	73.283	47.840	162.337	75.766	238.103	0	0	251.802	120.046	25.389	0	0	0	238.103	238.103
- Umlage Sachkosten	39.006	17.551	4.736	61.293	3.553	64.846	0	0	31.070	18.586	3.014	0	0	0	64.846	64.846
- Aufwand MAE+Fahrtkosten																
- Beauftragung von Dritten IM																
- Eingliederungszuschüsse EGT																
- Beauftrag v. Dritten Fifty up																
- Eingliederungszuschüsse fifty up																
Sonst. Betr. Aufwendr. ges.	80.220	90.834	710.757	881.811	359.319	1.241.130	0	0	425.532	166.762	28.403	0	0	0	881.811	881.811
	80.220	90.834	710.757	881.811	359.319	1.241.130	0	0	425.532	166.762	28.403	0	0	0	881.811	881.811
Ausgaben gesamt	1.137.813	564.423	852.493	2.554.729	504.192	3.058.920	0	0	1.609.080	794.775	107.997	0	0	0	2.554.729	2.554.729
	1.137.813	564.423	852.493	2.554.729	504.192	3.058.920	0	0	1.609.080	794.775	107.997	0	0	0	2.554.729	2.554.729
Einnahmen insgesamt	1.072.530	550.326	849.099	2.471.955	504.192	2.976.147	0	0	1.600.512	794.775	106.000	0	0	0	2.471.955	2.471.955
	1.072.530	550.326	849.099	2.471.955	504.192	2.976.147	0	0	1.600.512	794.775	106.000	0	0	0	2.471.955	2.471.955
Ergebnis	-65.283	-14.097	-3.394	-82.774	0	-82.774	0	0	-8.568	0	-1.997	0	0	0	-82.774	-82.774
	-65.283	-14.097	-3.394	-82.774	0	-82.774	0	0	-8.568	0	-1.997	0	0	0	-82.774	-82.774

INVESTITIONSPLAN 2011

GESAMTINVESTITIONEN
BETRIEB DER GEWERBLICHEN ART
HOHEITLICHER BEREICH

Übersicht nach Betriebsteilen

Bereich	Abteilung	Inv.-Summe €	Nutzungsdauer	Abschreibung €
Betrieb gewerblicher Art				
AGH-Bereich				
HAWI - VERWALTUNG	Pool	500	5	100
HAWI - WÄSCHEREI	Dampfreiniger	500	5	100
	Pool	1.500	5	300
KANTINE	Edelstahl Unterschrank Spüle	3.000	10	300
HAWI / KANTINE gesamt		5.500		800
SKH-ER	Computer-Kasse	800	5	160
	div. Pool	3.000	5	600
SKH - ER GESAMT		3.800		760
AUSSTELLUNG	div. Pool	3.000	5	600
AUSST/GRAFIK GES		3.000		600
WERKHOF	Pool	3.800	5	760
	(Winkelschleifer, groß			
	Multimaster			
	Exzentrerschleifer			
	KfZ-Ladegerät			
	Stromerzeuger			
BIKE & MORE	WilG Schweißgerät	1.500	13	115
	Pool, diverses	2.000	5	400
WH / B&M gesamt		7.300		1.275
AGH GESAMT		19.600		3.435
JUGEND & BILDUNG				
	Schlüsseltresor	1.000	5	200
	Handkassentresor	2.500	23	109
	Tische & Stühle Unterrichtsräume AW	11.450	3	3.817
	Bodenbelag Unterrichtsraum	2.000	5	400
JUGEND & BILDUNG ges.		16.950		4.525
Anstalt des öffentlichen Rechts				
HOHEITLICHER BEREICH	PERSONALVERMITTLUNG	1.500	5	750
	FALLMANAGEMENT	500	5	250
	INTEGRATIONSMANAGEMENT	1.500	5	750
	FIFTY-UP	1.500	6	750
HOHEITLICHER BEREICH GESAMT 2010		5.000		2.500
UMLAGEN	VORSTAND	3.000	3	1.000
	AUSSENANLAGE A.-W.-Str.	0		0
	GEBÄUDE 4002	65.000	25	2.600
UMLAGEN GESAMT 2011 (enth. in KSt.-Abschreibung)		68.000		3.600
GESAMTINVESTITIONEN 2011		109.550		
ABSCHREIBUNGEN aus 2011				14.061
ABSCHREIBUNGEN VORJAHR/ABSCHR.GES.		141.873		
GESAMTABSCHREIBUNGEN				155.934

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13/MGM

Verantwortliche/r:
Pressestelle

Vorlagennummer:
13-1/001/2010

Termine Bürgerversammlungen 2011

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	09.12.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Datum	Versammlungsbereich	Ort
02.02.2011	Burgberg	Wohnstift Rathsberg
03.03.2011	Hüttendorf	Landgasthof Popp
29.03.2011	Büchenbach	Mönauschule
11.10.2011	Sieglitzhof/Buckenhofer Siedlung	Städt. Wirtschaftsschule
20.10.2011	Röthelheimpark	Städt. Wirtschaftsschule
30.11.2011	Gesamtstadt	Redoutensaal

Anlagen:

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13-2/PST, T. 2316

Verantwortliche/r:
Herr Stephan Pickel

Vorlagennummer:
13-2/073/2010

Stadtrats- und Fraktionsanträge seit der letzten Stadtratssitzung

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	09.12.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Seit der letzten Sitzung des Erlanger Stadtrates wurden die in der Anlage aufgeführten Stadtrats- und Fraktionsanträge gestellt.

Anlagen: Antragsliste

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Nr	Jahr	Datum	Antragsteller	Partei	Betreff	Zuständig	Erl.vermerk	Beschluß
117/	2010	15.11.2010	Bußmann	Grüne Liste	Dringlichkeitsantrag zum UVPa am 16.11.2010: Auflassung der Wendeschleife Nürnberg-Thon	VI 61 Fr. Willmann-Hohmann	Erlедigt	UVPa, 16.11.2010
118/	2010	15.11.2010	Heinze	Erlanger Linke	Jahresabschlussversammlung des Stadtrates	OBM 13-2 Fr. Lotter	Unerledigt	
119/	2010	15.11.2010	Heinze	Erlanger Linke	Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die Fraktionen	OBM 13 Hr. Schmitt	Unerledigt	
120/	2010	15.11.2010	Höppel, Helm	ÖDP	Kinderbeauftragte für Erlangen	OBM 13-3 Fr. Hill	Unerledigt	
121/	2010	16.11.2010	Dr. Janik	SPD	Haushaltsberatungen Haushalt 2012 und folgende Antrag zum Ältestenrat und HFPA	II Hr. Beugel	Unerledigt	
122/	2010	16.11.2010	Dr. Janik, Lanig, Dr. Belz, Thaler, Steeger	SPD	Erlangen unterstützt die Initiative des Bayerischen Städtetages für die Geldautomaten-Steuer - kommunale Geldspielautomaten-Steuer in ...	III 30 Fr. Vittinghoff II/202	Unerledigt	
123/	2010	16.11.2010	Dr. Janik, Pfister	SPD	Bericht KommunalBit Antrag zum HFPA	OBM/ZV eGOV Hr. Götz KommunalBit/Hr. Bros	Unerledigt	
124/	2010	17.11.2010	Bußmann	Grüne Liste	Regionales Gewerbeflächenmanagement	II Hr. Beugel 13/IZ, VI/61	Unerledigt	

12742

Nr	Jahr	Datum	Antragsteller	Partei	Betreff	Zuständig	Erl.vermerk	Beschluß
125/	2010	22.11.2010	Heinze	Erlanger Linke	Sperrpfosten Wöhrmühlensteg	VI 66 Hr. Glassl	Unerledigt	
126/	2010	23.11.2010	Kittel	FDP	Einführung von Contracting mit Theater Erlangen und Kulturprojektbüro	II 20 Hr. Knitl IV/44 und IV/KPB	Unerledigt	
127/	2010	23.11.2010	Dr. Janik (13 StR)	SPD	Überprüfungsantrag gemäß § 11 der GeschO zur Stadtratssitzung am 25.11.2010 UVPa 16.11.2010 TOP 19 "Vogelherd Süd-West; Süd-West, ..."	VI 611 Hr. Franz	Unerledigt	
128/	2010	23.11.2010	Wening	Grüne Liste	Fahrradfreundliche Überarbeitung der Bebauungspläne	VI 61 Fr. Willmann-Hohmann	Unerledigt	
129/	2010	25.11.2010	Dr. Faigle	FDP	Dringlichkeitsantrag zur Stadtratssitzung am 25.11.2010 Anstoß eines "Projektes HLH 2014"	II Hr. Beugel	Erledigt	StR, 25.11.2010

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13-2/BAK

Verantwortliche/r:
Frau Andrea Behringer

Vorlagennummer:
V/010/2010

Veranstaltungen im Dezember 2010, Januar, Februar und März 2011

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	09.12.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Stand: 29. November 2010

Vorschau Dezember 2010

Mi.,	15.12.	12.30 Uhr	Fototermin Lewin-Poeschke-Anlage an der Ebrardstraße
Do.,	16.12.	17:45 Uhr	Besuch des Nürnberger Christkindes auf dem Erlanger Weihnachtsmarkt
Fr.,	31.12.	09:00 Uhr	Silvesterbesuche bei Polizei, BRK, Feuerwehr und ASB

Vorschau Januar 2011

Fr.,	14.01.	17:00 Uhr	Neujahrsempfang Ortsbeirat Tennenlohe, Arvena Business Hotel
Sa.,	22.01.	20:00 Uhr	Winterball der Universität Erlangen-Nürnberg, Meistersingerhalle
So.,	23.01.	11:00 Uhr	Neujahrsempfang Ortsbeirat Dechsendorf, Freizeithaus Dechsendorf
Do.,	27.01.	19:30 Uhr	Holocaustgedenktag, Bürgerpalais Stutterheim

Vorschau Februar 2011

Mi.,	02.02.	20:00 Uhr	Bürgerversammlung Burgberg, Wohnstift Rathsberg
------	--------	-----------	---

Vorschau März 2011

Do.,	03.03.	20:00 Uhr	Bürgerversammlung Hüttendorf, Landgasthof Popp
Mi.,	16.03.	20:00 Uhr	Woche der Brüderlichkeit, voraussichtlich zentrale Veranstaltung Stadt Erlangen
Fr.,	18.03.	11:00 Uhr	Jahresempfang Seniorenbeirat, Foyer (1. OG) Rathaus
Di.,	29.03.	20:00 Uhr	Bürgerversammlung Büchenbach, Mönaus Schule

Städtepartnerschaften

Ajman

18.12.2010 – 22.12.2010	Ajman	Delegationsreise nach Ajman
----------------------------	-------	-----------------------------

Besiktas

16.02.2011 – 19.02.2011	Erlangen	Teilnahme des AGENDA 21-Projekts "Arnavutköy-Erdbeere" aus Besiktas an der Bio-Fach in Nürnberg. Geplant ist ein Besuch in Erlangen und ggf. ein Treffen mit AGENDA 21-Vertretern.
----------------------------	----------	--

Cumiana / Umhausen

24.02.2011 – 15.04.2011	Erlangen	Foto-Ausstellung von Fotokünstlern aus Cumiana und Erlangen (Volks-hochschule Erlangen)
31.03.2011 – 04.04.2011	Cumiana	Delegationsbesuch (+Ohm-Schülergruppe) nach Cumiana zum Ge-denktag mit Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis

Eskilstuna

27.01.2011	Erlangen	Freundeskreis Eskilstuna (Club Internationl, 19:00 Uhr)
------------	----------	---

Rennes

22.01.2011	Erlangen	Deutsch-französischer Tag
------------	----------	---------------------------

San Carlos

04.03.2011 – 19.03.2011	San Carlos	Fachreise nach San Carlos mit Bürgermeisterin Dr. Elisabeth Preuß
----------------------------	------------	---

Wladimir

07.12.2010 – 11.12.2010	Erlangen	Mitglied von Amnesty International Erlangen zu Konferenz in Erlangen
07.12.2010 – 13.12.2010	Erlangen	Zwei Religionswissenschaftler aus Wladimir zu Fachaustausch an FAU
12.12.2010 – 23.12.2010	Nürnberg	Folklore-Ensemble RUS aus Wladimir auf Tournee mit Auftritt in Nürn-berg
14.12.2010 – 21.12.2010	Wladimir	Solosängerin aus Erlangen zu Konzerten in Wladimir

Anlagen:

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/112

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
112/022/2010

10-Punkte-Programm für ein Haushaltskonsolidierungskonzept

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	09.12.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung zum 10-Punkte-Programm vom Juli 2010 dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

10-Punkte-Programm für ein Haushaltskonsolidierungskonzept 2010 – 2014:

1. Nullstellenplan mit Ausnahme der Kindertageseinrichtungen
(beschlossen in der Stadtratssitzung am 24.06.2010)
2. Beauftragung eines externen Beraters zur Ermittlung der Möglichkeiten für Standardabsenkungen bei Pflichtaufgaben
(beschlossen in der Stadtratssitzung am 24.06.2010)
3. Umsetzung der zahlreichen noch offenen Vorschläge aus dem KGSt-Gutachten zu den freiwilligen Leistungen und Prüfung der noch möglichen Einsparungen bei freiwilligen Leistungen aus den Ämtervorschlägen
4. Nochmalige Analyse des Gutachtens des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands im Hinblick auf weitere Stellenstreichungen
(behandelt in der Stadtratssitzung am 25.11.2010)
5. Nochmalige Kürzungen in den Sach- und Personalbudgets für 2011
(Gespräche des Finanzreferats mit den Ämtern im Juli 2010)
6. Die bisherige Budget-Überschussregelung wird von 70:30 auf 80:20 geändert, d.h. nur 20 % der Überschüsse verbleiben bei den Ämtern. Budgetdefizite werden übertragen und nicht mehr vom allg. Haushalt ausgeglichen
(beschlossen in der Stadtratssitzung am 30.09.2010)
7. Prüfung der Konsolidierungsbeiträge der städtischen Töchter
8. Prüfung des kompletten Wegfalls von Aufgaben
9. Überarbeitung der mittelfristigen Finanzplanung und Verlagerung der noch nicht begonnenen Investitionen in Folgejahre (Vorlage bei Einbringung des Haushalts 2011)

10. Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit

Anlagen:

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13/SAQ

Verantwortliche/r:
Herr Dr. Andreas Schulmeister

Vorlagennummer:
13/017/2010

Resolution des Beirates zur Erlanger Agenda 21 zum Sparpaket der Bundesregierung

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	09.12.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

OBM/Stabsstelle Agenda 21, OBM/13

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Resolution des Beirates zur Erlanger Agenda 21 zum sogenannten Sparpaket der Bundesregierung

in 41. Sitzung am 15.11.2010 einstimmig beschlossen

Der Beirat zur Erlanger Agenda 21 protestiert entschieden gegen das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung.

Dieses einschneidendste soziale Kürzungsprogramm der Nachkriegsgeschichte verstößt in eklatanter Weise gegen das Ziel einer gerechten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für alle. Neben der ökologischen Nachhaltigkeit und der internationalen Verantwortung gehört die gerechte wirtschaftliche und soziale Entwicklung für alle zu den Kernelementen des von der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 initiierten Agenda 21-Prozesses, dem die Erlanger Agenda 21 verpflichtet ist.

Mit diesem Kürzungspaket werden die Folgen der Weltwirtschafts- und Finanzmarktkrise auch in Erlangen einseitig der breiten Masse der Bürgerschaft aufgebürdet, während die Verursacher und Nutznießer der Krise sowie die Vermögenden weitgehend ungeschoren davonkommen sollen. Am meisten davon betroffen sind Arbeitslose, Alleinerziehende und Familien. Zudem werden die Kommunen, also auch die Stadt Erlangen in doppelter Weise massiv belastet: Nachdem schon durch die unmittelbaren Krisenfolgen die Einnahmen eingebrochen und die Ausgaben, vor allem im Sozialbereich, gravierend angestiegen sind, soll jetzt durch das Kürzungsprogramm der Finanzspielraum der Kommunen zusätzlich erheblich weiter eingeschränkt werden.

Dadurch werden nicht nur dringend notwendige soziale Unterstützungsmaßnahmen für von der Krise betroffene Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erschwert oder unmöglich, sondern auch dringend notwendige, längst überfällige Investitionen in die soziale, ökologische und ökonomische Infrastruktur – zum Schaden vor allem der kommenden Generationen – verhindert. Die Bürgermeisterin und Sozialreferentin, der Leiter des Sozialamtes, die stellvertretende Leiterin des Jugendamtes der Stadt Erlangen sowie der Geschäftsführer der GGfA haben auf die für Erlangen zu erwartenden drastischen Folgen des Kürzungsprogramms für die Bürgerinnen und Bürger sowie den städtischen Haushalt bereits öffentlich hingewiesen.

Darüber hinaus schwächt das Kürzungsprogramm die gerade im aufkeimenden Wirtschaftsaufschwung so notwendige Steigerung der Binnennachfrage.

Der Beirat zur Erlanger Agenda 21 fordert den Stadtrat auf, über alle Parteigrenzen hinweg in Kooperation mit der Europäischen Metropolregion Nürnberg und über den Bayerischen

und Deutschen Städtetag alles in seiner Möglichkeit stehende zur Verhinderung des Kürzungsprogramms zu unternehmen, um drohenden Schaden von der Bürgerschaft abzuwehren sowie entsprechende Aktivitäten und Aktionen von Organisationen aus der Bürgerschaft weitest möglich zu unterstützen.

Anlagen:

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13/SAQ

Verantwortliche/r:
Herr Dr. Andreas Schulmeister

Vorlagennummer:
13/016/2010

Fortführung des Agenda 21-Schwerpunktthemas sozialERlangen

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	09.12.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

I. Variante A

Der Stadtrat folgt der Empfehlung des Beirates zur Erlanger Agenda 21 vom 20. September 2010 und befürwortet grundsätzlich die Fortführung des Agenda 21-Schwerpunktthemas *SOZIALERLANGEN* im Jahr 2011. Die Stadtverwaltung wird gebeten, in allen relevanten Bereichen das Schwerpunktthema *SOZIALERLANGEN* in ihre Arbeit mit einzubeziehen.

Variante B

Der Stadtrat nimmt den Beschluss des Beirates zur Erlanger Agenda 21 vom 20. September 2010 zur Kenntnis und befürwortet grundsätzlich die Fortführung des Agenda 21-Schwerpunktthemas *SOZIALERLANGEN* im Jahr 2011. Die Stadtverwaltung wird gebeten, das Schwerpunktthema *SOZIALERLANGEN* in relevanten Bereichen im Rahmen der Möglichkeiten zu unterstützen.

II. Begründung

Am 31.07.2008 hat der Stadtrat einstimmig (mit 50 gegen 0) Stimmen das Konzept des Beirates zur Erlanger Agenda 21 als Grundlage für die Arbeit der lokalen Agenda 21 in den Jahren 2008 und 2009 beschlossen. Am 7. Juni 2010 hat der Beirat einstimmig beschlossen das Schwerpunktthema *SOZIALERLANGEN*, auf der Grundlage der Ergebnisse des Sozialberichts 2009 der Stadt Erlangen in 2010 und 2011 fortzuführen.

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Sozialbericht für die Stadt Erlangen 2009 ist die Grundlage für die Arbeit im Rahmen des Schwerpunktthemas *SOZIALERLANGEN* und benennt explizit die Bezirke der Stadt Erlangen, in denen Handlungsbedarf besteht. Zur Verbesserung der im Sozialbericht aufgezeigten und statistisch abgesicherten Verhältnisse in diesen Bezirken ist eine deutlich wahrnehmbare Verstärkung der gemeinsamen Vor-Ort-Aktivitäten von Kommune, Kirchen, Wohlfahrts- und Sozialverbänden erforderlich.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die verstärkte Präsenz und der direkte Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sensibilisiert für die spezifischen Probleme des Bezirks und ermöglicht die Einleitung effektiver und damit kostensparender Maßnahmen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der Beirat zur Erlanger Agenda 21 beteiligt sich am Ratschlag für Erlanger Aktivitäten gegen Sozialabbau durch die Einbringung eigener bzw. die Unterstützung geplanter Aktivitäten der teilnehmenden Organisationen. Der Beirat wird durch öffentliche Veranstaltungen und kontinuierliche Diskussion in seinen Reihen das Schwerpunktthema behandeln. Der Beirat zur Erlanger Agenda 21 empfiehlt dem Stadtrat und seinen Fraktionen, die Ergebnisse des Sozialberichts im Zusammenhang mit den Leitlinien zu beraten und im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes 2011 zu berücksichtigen. Die Stadtverwaltung wird gebeten, in allen relevanten Bereichen das Schwerpunktthema *SOZIALERLANGEN* in ihre Arbeit mit einzubeziehen bzw. das Schwerpunktthema *SOZIALERLANGEN* in relevanten Bereichen im Rahmen der Möglichkeiten zu unterstützen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
- ☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- ☐ sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13/SAQ

Verantwortliche/r:
Herr Dr. Andreas Schulmeister

Vorlagennummer:
13/015/2010

sozialERlangen 2011 - Einrichtung eines Interkulturellen Gartens

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	09.12.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

OBM/Stabsstelle Agenda 21, OBM/13, BMII/IV, III/31, IV, VI/23, VI/61, EB77

I. Antrag

Der Stadtrat folgt der Empfehlung des Beirates zur Erlanger Agenda 21 und befürwortet grundsätzlich die Einrichtung eines Interkulturellen Gartens in Erlangen. Die Verwaltung wird beauftragt, vorbereitend die notwendigen stadtplanerischen Erkundungen vorzunehmen. Abgesehen vom hierzu erforderlichen geringfügigen Personalaufwand erfolgt die Einrichtung des Interkulturellen Gartens für die Stadt Erlangen kostenneutral. Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Grundstücke vorzuschlagen.

II. Begründung

Am 31.07.2008 hat der Stadtrat einstimmig (mit 50 gegen 0) Stimmen das Konzept des Beirates zur Erlanger Agenda 21 unter besonderer Berücksichtigung der Handlungsfelder I und II als Grundlage für die Arbeit der lokalen Agenda 21 in den Jahren 2008 und 2009 beschlossen. Der Beirat zur Erlanger Agenda 21 hat in Sitzung vom 20. September 2010 einstimmig beschlossen, das Schwerpunktthema in den Jahren 2010 und 2011 fortzuführen. Aus der vom Beirat beauftragten Arbeitsgruppe Konzeptentwicklung sozialERlangen2009 ist unter Einbeziehung weiterer Institutionen und Interessengruppen die Arbeitsgruppe Interkultureller Garten hervorgegangen, die seit 27.09.2008 mit der organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitung der Einrichtung eines Interkulturellen Gartens in Erlangen befasst ist. **Internationale Gärten**, auch **Interkulturelle Gärten**, ist ein in Deutschland von dem Verein *Internationale Gärten e. V.* in Göttingen entwickeltes Konzept zur Völkerverständigung und Integration

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Gärtnern und Freizeitaktivitäten in Interkulturellen Gärten stellen den sozialen Kontakt zwischen Flüchtlinge, Migranten und Deutschen untereinander her und fördern dadurch die Verständigung zwischen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, die Integration von Flüchtlingen, Migranten und Zuwanderern und die Erhaltung und Nutzung der Kulturpflanzenvielfalt.

Ziele der Interkulturellen Gärten sind unter anderem, dass sich eine von Deutschen besonders mit Kriegs- und politischen Flüchtlingen theoretisch bekundete Solidarität durch Kontakte mit diesen und auch anderen Migranten im Alltag festigt und Migranten und Flüchtlinge auch von sich Integrationsprozesse anstoßen, sich an solchen beteiligen und darin unterstützt werden.

Interkulturelle Gärten bestehen aus einzelnen Parzellen, auf denen Gemüse und Kräuter (darunter auch in Deutschland wenig bekannte Arten und Sorten aus den Herkunftsländern) umweltfreundlich und für den Eigenbedarf angebaut werden. Es gibt außerdem gemeinschaftlich genutzte Flächen für Kinderspiel, Veranstaltungen und Treffen.

Die Gärten sind oft auch Anknüpfungspunkt für darüber hinaus gehende Aktivitäten und Lernangebote für berufliche Integration etwa durch Besichtigungen und Praktika bei Betrieben aus dem Bereich Gartenbau und Umwelt, Förderung der beruflichen Orientierung im gärtnerischen und Umweltbereich, sowie soziale Integration durch Nachbarschaftshilfe und Familienbetreuung, Erlernen der deutschen Sprache, Aufsuchen und Kontakt zu Bildungseinrichtungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit.

Das Pilot-Projekt der Interkulturellen Gärten entstand 1996 auf Initiative von zugewanderten nichtdeutschen Familien in Göttingen. Der Verein „Internationale Gärten“ wurde 1998 gegründet. Begonnen hat es mit der Anlage von drei Gärten. Heute sind es fünf, in denen Familien aus fast 20 Ländern und unterschiedlichsten Religionen zusammen arbeiten.

Inzwischen sind nach dem Göttinger Vorbild weitere Gärten in Deutschland entstanden, so dass man fast von einer neuen sozialen Bewegung sprechen könnte. 109 interkulturelle Gartenprojekte in der gesamten Bundesrepublik existieren derzeit (Oktober 2010), weitere 63 befinden sich im Aufbau. Die *Stiftung Interkultur* in München, eine Gründung der gemeinnützigen Forschungsgesellschaft „anstiftung“ hat das „Netzwerk Interkulturelle Gärten“ aufgebaut. Sie koordiniert die Gartenprojekte bundesweit, berät in Fragen der Projektentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit, Mittelakquisition und gibt in Einzelfällen finanzielle Starthilfe. Die Stiftung Interkultur koordiniert auch ein Forschungsnetzwerk. Die Interkulturellen Gärten wurden bereits vielfach ausgezeichnet, u.a. im Jahr 2002 mit dem Integrationspreis des Bundespräsidenten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Stadt Erlangen stellt für das Projekt Interkultureller Garten eine geeignete Fläche zur Verfügung. Hierfür soll ein symbolischer Pachtzins erhoben werden. Für das Gelände ist eine äußere Umfriedung, ein Wasser- bzw. Stromanschluss sowie ein Geräteschuppen mit einer Grundausstattung an Gartengeräten zur gemeinsamen Nutzung vorzusehen.

Mittels einer Anschubfinanzierung durch den Förderverein Erlanger Agenda 21 e.V. sowie möglichst mit Unterstützung von Sponsoren sollen die notwendigen Einrichtungsbearbeiten unter Anleitung von EB77 von den Gartenbetreibern in eigener Verantwortlichkeit erfolgen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Im Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan 2003 (FNP 2003) der Stadt Erlangen sind 12 geplante Dauerkleingärten dargestellt. Für diese 12 Planungen hat Amt 61 eine Standortbewertung durchgeführt, die mit dem Amt für Umweltschutz und Energiefragen (31) abgestimmt ist. Das Liegenschaftsamt (23) hat hierzu eine eigene Bewertung abgegeben. Die Standortbewertung der Abteilung Stadtgrün (EB 773) steht noch aus. Zwischenzeitlich sind als neue Vorschläge für die Situierung eines „Interkulturellen Gartens“ die Standorte Michael-Vogel-Straße (Grundstück des ehem. Asylantenheims) und Pommernstraße in die Diskussion gebracht worden. Die Liste der nunmehr 14 Standortalternativen für das Vorhaben „Interkultureller Garten“, ist aus Sicht von Amt 61 nicht abschließend, sodass weitere Standortvorschläge in der Bearbeitungsphase durchaus möglich sind.

In Abstimmung mit 23, 31 und EB773 führt 61 eine Standortbewertung unter Beachtung der Belange der aufgeführten Dienststellen durch. Berücksichtigung finden hierbei auch weitere Parameter wie niederschwellige Erreichbarkeit, Demographie des Einzugsbereichs sowie bereits existierende Strukturen v.a. im Hinblick auf die Zielgruppen etc.

Zentrale Bedeutung wird der Minimierung von Gestellungs- und Folgekosten beigemessen. Hierbei wird die organisatorische und finanzielle Trägerschaft durch einen Verein angestrebt, dessen Vorstand während der Übergangsphase ein Vertreter der Verwaltung mit Veto-Recht angehören soll. Weitere Unterstützung des Projekts soll durch Einbindung in das Netzwerk interkulturelle Gärten erfolgen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
 bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☒ sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
IV/RDB/LKB/1020

Verantwortliche/r:
Dr. D. Rossmeissl, Karl-Heinz Lindner

Vorlagennummer:
IV/013/2010/1

Umsetzung des Entwicklungsplans "Öffentlich-kulturelle Gebäude in der historischen Innenstadt" Neustrukturierung/Generalsanierung des Kultur-, Bildungs- und Kreativzentrums Frankenhof im Quartier B

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Kultur- und Freizeitausschuss	01.12.2010	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	09.12.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Ref II, Ref VI, 41, 43, 112, 20 23, 24, 51, 61

I. Antrag

Die aus baulicher, energetischer und nutzungsspezifischer Sicht dringend notwendige Erneuerung des Freizeitentrums Frankenhof ist unter inhaltlicher Weiterentwicklung der Vorschläge des Entwicklungsgutachtens und der Realisierung möglicher Synergieeffekte sowie der Nutzung gegebener Fördermöglichkeiten baldmöglichst anzugehen.

Der Bereich des Hallenbades bleibt dabei außer Betracht. Im Rahmen der Gesamtplanung ist jedoch der „Nassbereich“ mit in die längerfristigen Überlegungen einzu beziehen, da in diesem Gebäudeteil die VHS- Unterrichts- und Veranstaltungsräume sowie eine Parketage im Kellergeschoss im Entwicklungsplan vorgeschlagen sind

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorplanung samt Organisations- und Finanzierungsüberlegungen weiter zu entwickeln und im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Mehrjahresinvestitionsplanung einzubringen.

Das Thema soll im Rahmen der anstehenden, externen Überprüfungen zur Haushaltskonsolidierung begutachtet und bewertet werden.

Der einstimmige Stadtratsbeschluss zur Umsetzung des Entwicklungsplans „Öffentlich-kulturelle Gebäude in der historischen Innenstadt“ vom 26.3.2009 ist als Ausgangspunkt für die weiteren Planungen zu sehen.

Zur Finanzierung sind folgende Überlegungen der Planung zu Grunde zu legen:

- Verlagerung von VHS-Direktion samt Verwaltung, dfi sowie Sing- und Musikschule in den Komplex Frankenhof
- Verkauf der Palais Wildenstein und Lyncker (Friedrichstraße 19, 21, 35)
- Verpachtung und Neukonzeptionierung des Gastronomiebereichs
- Einstellung des Übernachtungsbetriebs in Jugendherberge und Gästehaus
- Bestmögliche Ausschöpfung der Zuschussmöglichkeiten insbes. aus dem Programm Soziale Stadt durch Reduzierung der nicht zuschussfähigen Flächen
- Organisationsveränderungen mit einem „Dienstleistungszentrum Kultur und Bildung“ unter Anrechnung der Personalkosten-Einsparungen
- Vermietung der Dachflächen zur Solarenergie-Erzeugung

Im Rahmen des Finanzierungsvorschlags soll auch ein Stiftungsmodell geprüft und dargestellt werden, in dessen Rahmen eine Vorfinanzierung der Investitionen, die Abwicklung der Zuschüsse und die künftige Hausverwaltung geregelt werden kann.

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Voruntersuchungen an der Gebäudesubstanz des Frankenhofes, sowie für die Prüfung der grundsätzlichen Vereinbarkeit des Raumprogramms mit der bestehenden Gebäudestruktur die erforderlichen Gutachten in Auftrag zu geben.

Für diese Vorgutachten ist ein Betrag von 300.000,- € für den Haushalt 2011 nachzumelden.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der vorgeschlagenen Neustrukturierung/Generalsanierung des Kultur- Bildungs- und Kreativzentrums Frankenhof“ sollen u. a. nachstehende Folgeeffekte erreicht werden:

1. Weiterentwicklung des Frankenhofs zu einem Zentrum für Kultur, kulturelle Bildung und Kreativität sowie einer kulturellen Begegnungsstätte zwischen den Generationen
2. Langfristige Sicherung und Optimierung der Leistungsfähigkeit der eingebundenen Fachämter und Organisationen sowie Weiterentwicklung der Angebote
3. Optimierung der Außenwirkung und Servicequalität der Institutionen u.a. durch ein gemeinsames „Dienstleistungszentrum Kultur & Bildung“ (DLZ) unter Berücksichtigung heutiger und zukünftiger Nutzeransprüche
4. Effektivere, gemeinsame Nutzung der räumlichen, technischen und personellen Ressourcen,
5. Senkung der Betrieb- und Personalkosten samt Optimierung des Personaleinsatzes und deutlich reduziertem Energieverbrauch.

Wesentliche Verbesserungen ergeben sich nach den Vorüberlegungen und aufgrund der zur Verfügung stehenden Nutzflächen auch für das Kultur- und Freizeitamt sowie die Nutzer aus der Vereinsszene. Auf die Ausbaumöglichkeit eines weiteren Saals mit Vorzugsnutzung durch die Sing- und Musikschule sei hingewiesen.

Eine Übersicht über die derzeit im Frankenhof vorhandenen sowie von VHS, dfi sowie Sing- und Musikschule genutzten Flächen sowie eine Übersicht über die Verfügbarkeit von Flächen im umgebauten Frankenhof für diese Institutionen ergibt sich aus **Anlage 1.**

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Für die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung sowie die dringend erforderliche bauliche Ertüchtigung des „Frankenhofs“ in zentraler Innenstadtlage mit hervorragender Verkehrsanbindung und dann erhöhter Anziehungskraft, be-

steht nach wie vor die Möglichkeit der Aufnahme in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“. Eine Vorbesprechung mit der Regierung von Mittelfranken hat stattgefunden und die prinzipielle Förderfähigkeit bestätigt.

Entsprechende Planungsschritte und Finanzierungsüberlegungen sind dringend, da schon heute bestimmte Bauteile (insbesondere im sog. „Wohnturm“ und im Gründungsbereich) nur eingeschränkt oder überhaupt nicht mehr genutzt werden können. So heißt es im Jahresbericht 2009/10 des CEG, das Teile seines Musikunterrichts in den Turm ausgelagert hat: „Die Räume des Frankenhofs verfügen über keinerlei Dämmung und Schallisolierung, so dass ein ungestörtes Üben ... kaum möglich ist. ... In den Sommermonaten treffen fortlaufend Beschwerden von Lehrkräften und Schülern wegen unerträglicher Hitze ein.“ (S. 7 f) Eine Auflistung von GME über die in allen beteiligten Häusern ohne Sanierung des Frankenhofs unabdingbar notwendigen Maßnahmen mit einer Gesamtsumme von 1,7 Millionen Euro liegt als **Anlage 2** bei.

Auch die voraussichtlich weiter steigenden Energiepreise sowie ökologische Gesichtspunkte erfordern – unabhängig von baulichen und organisatorischen Gründen - dringend Maßnahmen zu ergreifen. Die damit verbundenen dauerhaften Einsparungen stellen zudem ein wesentliches Potenzial für die Amortisation der Investitionen dar.

Die Quintessenz des vorliegenden Planungsgutachtens, vier Standorte auf einen zu verdichten, ist im Vorschlag berücksichtigt und entlastet die Stadt als Immobilieneigentümer. Weiterhin bringt eine entsprechende Entscheidung zwei bis drei für Anleger interessante, denkmalgeschützte Objekte an den Markt, die in Privathand zügiger saniert werden können, als dies in städtischer Regie möglich ist. Diese Sanierung trägt zu Verbesserung des Stadtbilds im Umfeld der Friedrichstraße erheblich bei. Beispiele wie diverse Gebäude im Bereich Hugenottenplatz und Seitenstraßen und jüngst auch in direkter Nachbarschaft (Friedrichstr. 29) zeigen, dass Verkaufserlöse in Höhe von rund 2,5 Mio. € realistisch sind. An Bauunterhalts- bzw. Sanierungskosten sind mindestens 1,18 Mio. € einsparbar.

Die Einflussnahme des Stadtrates auf die künftige Nutzung der freiwerdenden Gebäude im Sinne der städtebaulichen Sanierungsziele ist von einer Veräußerung unberührt und kann sowohl öffentlich-rechtlich wie auch privat-rechtlich gesichert werden. Der Handlungsspielraum der Stadt entspricht dabei den Varianten, die beim Gebäude Helmstraße diskutiert werden.

Für die künftige Nutzung schlägt Amt 41 alternativ vor, eine Beherbergung mit ca. 50 Betten weiterhin im Frankenhof vorzuhalten und die Flächenmehrung für die Unterbringung von Übernachtungskapazität und Volkshochschule durch Aufstockung oder Anbau zu realisieren. Der Flächenbedarf für 50 Betten im bisherigen Wohnturm beträgt 4 Stockwerke bzw. ca. 1.000 m². Bei 60%iger Auslastung erwirtschaftet der Übernachtungsbereich netto ca. 110.000 €. Dem stehen Mehrkosten für den Erweiterungsbau für die VHS in Höhe von 1.755.000 € gegenüber, was einem Schuldendienst von 105.300 € entspricht. Da wirtschaftlich genutzte Flächen nicht aus „Soziale Stadt“ förderfähig sind, ergibt sich ein rechnerischer Förderausfall in Höhe von ca. 1.270.000 €.

Das Projekt „Sanierung Frankenhof“ wird dazu beitragen, Investitions- und Förderquote im städtischen Haushalt auf hohem Niveau zu halten und die Wirtschaftlichkeit in den beteiligten Kulturbereichen zu verbessern. Die zugleich steigende Nutzerfreundlichkeit sollte auch Auswirkungen auf Nachfrage, Angebote und Erlöse zeitigen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die notwendigen Planungsschritte (baulich und organisatorisch) erfordern einen mindestens einjährigen Prozess. Erst nach Erstellung einer Vorplanung können die konkreten Bedingungen und Schritte bewertet und dem Stadtrat vorgelegt werden. Auch ein abschnittsweises Vorgehen ist denkbar und in die Planungsüberlegungen einzubeziehen.

Voraussetzung für die Förderung der Umbau- und Sanierungsarbeiten am Frankenhof durch das Programm „Soziale Stadt“ ist die Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes bezüglich der künftigen Nutzungen und der erforderlichen baulichen Maßnahmen (Sanierungskonzept).

Es sind daher zunächst entsprechende Gutachten über die bestehende Bausubstanz anzufertigen, insbesondere

- bzgl. der Statik (Tragfähigkeit der Decken und Wände, Betonqualität, Bewehrungsquerschnitte)
- bzgl. der erforderlichen Betonsanierungsarbeiten (Ausmaß und Tiefe der Betoncarbonatisierung, Schädigungsgrad der Bewehrung)
- bzgl. des Brandschutzes (Feuerwiderstandsklassen der bestehenden Bauteile)
- eine Schadensanalyse unter Berücksichtigung der Haustechnik
- ein Nutzungskonzept (lassen sich die bestehenden Gebäudestrukturen mit den künftigen Nutzungen in Einklang bringen?)
- eine grobe Kostenermittlung.

Im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderprogramms „Die Soziale Stadt“ sind diese Voruntersuchungen förderfähig.

Nach dem Vorliegen der genannten Gutachten (voraussichtlich Ende 2011) soll sich ein VOF-Verfahren zur Auswahl eines externen Architekturbüros und eines Tragwerksplaners anschließen (Herbst 2012). Mit den Planungsarbeiten könnte demnach ab Herbst 2012 begonnen werden.

Das Eggloffsteini'sche Palais (Friedrichstraße 17) verbleibt bei dem dieser Beschlussvorlage zugrunde liegenden Szenario in städtischem Besitz. Es wird weiter als Unterrichts- und Seminarort für die VHS genutzt. Das Gebäude ist dringend sanierungsbedürftig; das GME schlägt vor, auch für dieses Sanierungsprojekt Planungsmittel für das HH-Jahr 2011 in Höhe von 250.- T € zu beantragen und die Maßnahme für das Förderprogramm „Soziale Stadt“ anzumelden. Die Ausführung der Sanierungsmaßnahme könnte abschnittsweise geschehen, beginnend mit der Fassaden- und Dachsanierung als erster Bauabschnitt.

4. Ressourcen

Detaillierte Kosten sind erst im Rahmen des Planungsprozesses zu ermitteln.

Eine überschlägige Kostenschätzung auf der Basis der im Gutachten genannten Zahlen ermöglicht jedoch schon jetzt folgende Finanzierungsüberlegungen:

- Investitionsbedarf: 15 Mio. € (5.600 qm x 2.700 €/qm)
- Fördererwartung: 7 Mio. € aus Soziale Stadt (nominale Förderung bis 60 % der förderfähigen Flächen, angesichts der unterschiedlichen Nutzungen werden ca. 47% als förderfähiger Anteil angesetzt)
- Verkaufserlöse (Lyncker/Wildenstein) 2,5 Mio. €
- Finanzierungsbedarf somit 5.5 Mio. €
- Finanzierungsaufwand p.a. 330.000 € (4% Zinsen + 2% Tilgung)

Refinanzierung durch:

- Personalkosteneinsparungen durch DLZ Kultur: - 50.000 €
- Wegfall Defizit Gastronomiebereich (lt. Amt 20) - 196.000 €
- Verpachtung Gastronomiebereich: Pachterlös + 36.000 €)
- Einsparungen Energie und Bauunterhalt - 50.000 €
(Vergleichsbasis Sanierung Rathaus/Schuhstr.40: Energieeinsparung - 60%)
- Mieterlös Photovoltaikanlage außer Ansatz

Summe aus möglichen dauerhaften Einsparungen und Zusatzerlösen: 332.000 €

Damit ist eine komplette oder – bei Verschlechterung einiger Annahmen – weitgehende Refinanzierung der Investitionskosten aus dauerhaften Einsparungen möglich. Diese Ansätze sind durch Vergleichsprojekte und Vorbesprechungen realistische Annahmen, die erst in weiteren Planungsschritten konkretisiert werden können. Diese Planungsschritte sind jedoch zunächst vom Stadtrat zu beschließen.

Haushaltsmittel für die Vorfinanzierung in der Planungs- und Bauphase sind bisher nicht vorhanden!

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
- ☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- ☒ sind nicht vorhanden

Anlagen:

- 1) Flächen- und Nutzungsübersicht Frankenhof
- 2) Kostenübersicht dringender Sanierungsmaßnahmen Quartier B

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Anlage 1 zu IV/013/2010

Südliche Stadtmauerstr. 35. aus Stadtlexikon Erlangen

Das am 24.5.1963 eingeweihte Jugendzentrum F. vereinigte als Modellprojekt Freizeit- und Bildungsstätte, Jugendherberge und Gästehaus, ein Lehrlingswohnheim und ein Hallenbad direkt im Stadtzentrum von E. Bedeutung erlangte der F. auch als Forum für internationale Jugendbegegnungen. Inzwischen hat er sich zu einem Freizeitzentrum entwickelt, das allen Bevölkerungsschichten und Altersgruppierungen offensteht. Heute ist der F. Sitz der Jugendkunstschule und des Amtes für Freizeit sowie nicht zuletzt ein Haus der E. Vereine. Er bietet multifunktional nutzbare Veranstaltungs- und Seminarräume für 30 bis 200 Personen. Angeschlossen sind eine Jugendherberge und ein Gästehaus mit rund 100 Übernachtungsplätzen, ein Restaurant und ein Wohnheim.

Nutzung Frankenhof Vorhandene Flächen:			
Nutzfläche		3776 qm	
Verkehrsfläche./Funkt./Lager		1811 qm	
Gesamt:		5587 qm	
Aktuell (09.2010)		Künftig (Zirka-Flächen)	
AL 41+ Sekr.	45	AL 41 + Sekr + Hausleitung + Backoffice DLZ.	150
Abt. 410 – Verw.+Pforte	150	DLZ 41 + 43 + Sozial-/Sanitäts-/Mitarb.Räume	250
Funktions-/HV-/Technikräume	400	Funktionsräume	450
Lagerräume	500	Lagerräume	400
Übernachtung	1400		0
Gastronomie	450		350 +Außenfl.+Inseln
Multifunktionsräume	500	Multifunktionsräume	600
Saal	300	Saal + neuer Saal	550
Vereinsräume (fest)	387	Vereinsräume (fest)	387
Griechische Gemeinde	107		
Brüx-Komotauer Heimatst.	66		
Adfc	45		
Amnesty international	45		
Lagerr. Ihna	Niedrige R.124		
Abt. 412 (KiJuKult)		Abt. 412	
Büros	150	Büros	150
Kreativräume	450	Kreativräume	550
Abt. 414 (Lyncker)	*600	Abt. 414 (SMS)	
		Soutterrain	200
		EG/1. OG je 350	700
VHS (Wildenstein)	*550	VHS	640
Büros	180	Büros	185
Säle/Servicebereich	400	Unterrichts-/Seminarräume	555
dfi (Egloffstein)	*196	dfi	185
CEG-Auslagerung	550		0
Kinderkrippe (NfK)	100	Kinderkrippe (NfK)	145
Leerstand	205		0
Nutzfläche Frankenhof	5.587		5.707 Mehrfläche durch Saal Überbauung Wirtschaftshof
* = bisherig Nutzfl. extern	*1346		

VI/242-1/LHB T. 2325

Dokument1

Erlangen, 21. September 2009

Kulturentwicklungsplanung

- I. Argumente für eine baldige Generalsanierung der Objekte Friedrichstraße 17,19,21,35 und Frankenhof:
Sanierungsmaßnahmen mit ca. Kosten, die bei jetziger Nutzung in den nächsten ca. 7 Jahren notwendig werden, wenn die Objekte nicht in diesen 7 Jahren generalsaniert werden. Diese Arbeiten wären dann bei der später vorzunehmenden Generalsanierung zum Teil wieder rückzubauen.

Friedrichstr. 17

Dachdeckung	280.000€
Flaschner	60.000€
WC Anlagen	85.000€
Fenster notdürftig richten + streichen	35.000€
Einbau einer Brandmeldeanlage	70.000€
Summe	530.000€

Friedrichstr. 19/21

Flachdach	100.000€
Fenster notdürftig richten + streichen	25.000€
Erneuerung Heizkessel	10.000€
Brandschutzmaßnahmen: Schaffung 2.Fluchtwege, Einbau Sicherheitsbeleuchtung	150.000€
Summe	285.000€

Friedrichstr.35

Dachdeckung	55.000€
WC Sanierung	35.000€
Brandschutzmaßnahmen: Schaffung sicherer Fluchtwege, Einbau Alarmierungsanlage	200.000€
Summe	290.000€

Frankenhof

Fenster austausch	250.000€
Türen in Fluren + zum Innenhof	125.000€
Beseitigung von Rohrbrüchen Heiz- und Wasserleitungen	30.000€

Brandschutzmaßnahmen:

Schaffung sicherer Fluchtwege im Turm
und in der Jugendherberge durch Einbau
von Brandschutztüren, Brandschutzver-
glasungen und Rauchabzügen 200.000€

Summe 605.000€

Gesamtsumme 1.710.000€

Angaben ohne Gewähr, grobe Schätzungen innerhalb kürzester Zeit.
Die Finanzierung vorgenannter Arbeiten ist derzeit nicht gesichert.

Mit freundlichen Grüßen

Schleicher

Lauterbach

- II. Kopie Ref.IV
- III. Kopie Ref.IV/Stabsstelle
- IV. Kopie Amt 24
- V. Kopie 242-1: Herr Lauterbach; Schleicher, Hofmann, Klischat
- VI. Kopie 242-2: Herr Rottmann, Sahm
- VII. Kopie Herr Möller

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
IV/512/GSM T. 2362

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
512/024/2010

Krippenausbau: Fortschreibung der Priorisierungsliste für das Jahr 2011

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Jugendhilfeausschuss	02.12.2010	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	09.12.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, die geplanten Krippenausbauvorhaben und die Generalsanierung des bestehenden Kindergartens wie in der Vorlage aufgezeigt voranzutreiben.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ausweitung des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren gemäß beschlossener Ausbaustufen (Stadtrat 30.04.2009) und Erhalt des bestehenden Kindergartens St. Peter und Paul, Boschstr., in Erlangen

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Neuschaffung von Krippenplätzen sowie Umsetzung der Generalsanierung des Kindergartens St. Peter und Paul, Boschstr.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

A. Priorisierungsliste 2010:

Für die Priorisierungsliste 2010 standen 6.699.817,- € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln und Restmitteln aus 2009 wird die Platzzahl von 703 auf 993 U3-Plätze erhöht werden.

U3-Plätze zum 31.09.2009	703
Inbetriebnahme zusätzlicher Krippenplätze im Jahr 2010	55
U3-Plätze aktuell (Stand Nov. 2010)	758
derzeit im Bau befindliche Krippenplätze	235
U3-Plätze nach Inbetriebnahme aller schon beschlossener Projekte	993

In der Priorisierungsliste 2010 waren 12 neue Krippengruppen und zwei Generalsanierungen vorgesehen. Bei den dabei enthaltenen Vorhaben St. Matthäus und Thomizil gibt es zeitliche Verzögerungen. Nach dem derzeitigen Planungsstand ist davon auszugehen, dass die 6.699.817,- € ausreichen (inkl. St. Matthäus und Thomizil).

Durch Inbetriebnahme der derzeit im Bau befindlichen Krippenplätze (235) erhöht sich die Betriebskostenbezuschussung jährlich um ca. 1,5 Mio. €. Davon werden ca. 750.000,- € vom Freistaat refinanziert.

B. Priorisierungsliste 2011:

Am 12.11.2010 hat die Planungsgruppe der vorgestellten Priorisierungsliste 2011 und Anfragenliste zugestimmt.

Der Haushaltsentwurf 2011 und das Investitionsprogramm 2010-2014 sehen für die IP-Nr. 365D.880 - Zuschüsse Kindertageseinrichtungen (freie Träger) - vor, dass im Jahr 2011 Vorhaben freier Träger mit insgesamt **4.000.000,- €** bezuschusst werden können. Dabei wird davon ausgegangen, dass die in diesem Betrag enthaltene Verpflichtungsermächtigung 2012 in Höhe von 3.500.000,- € voll ausgeschöpft wird.

Für folgende Vorhaben sollen im Jahr 2011 Beschlüsse herbeigeführt und Förderbescheide erteilt werden:

Bezeichnung des Vorhabens	neue Krippenplätze	Beschreibung	Priorisierung	voraussichtlicher Zuschussbedarf
Ev. Kirchengemeinde St. Peter und Paul, Boschstr.	24	Neubau einer 2-gruppigen Krippe + Generalsanierung des bestehenden 3-gruppigen Kindergartens	sehr hoch	1.600.000,00
Kath. Kindergarten Heilige Familie, Saiduelssteig in Tennenlohe	12	Ergänzung des bestehenden Kindergartens und Hortes	sehr hoch	400.000,00
Uniklinikum, Palmsanlage 2	36	Uniklinikum wird das städtische Grundstück mit der Auflage kaufen, dort 3 betriebsnahe Krippengruppen zu errichten.	sehr hoch	830.000,00
Ev. Kirchengemeinde St. Markus, Im Heuschlag 10	12*	Neuschaffung von 12 Krippenplätzen durch Umwandlung einer Kindergartengruppe	sehr hoch	400.000,00
Sozialzentrum Gewobau, Isarstraße 10	24	Einbau einer 2-gruppigen Krippe in das geplante Sozialzentrum	sehr hoch	800.000,00
Summen	108	(= 9 Krippengruppen)		4.030.000,00

* Der Kindergarten "Im Heuschlag" hat derzeit eine vorübergehende Betriebserlaubnis zur Aufnahme von 6 Kindern im Alter ab zwei Jahre, null Monate. Diese 6 Plätze sind bereits in der U3-Versorgungsquote berücksichtigt, sodass sich die Neuschaffung von 12 Neuschaffung nur mit 6 Plätzen auf die U3-Versorgungsquote auswirkt.

Nachrichtlich: Zusätzlich wird im Jahr 2011 mit dem Ersatzneubau des städtischen Kindergartens Wasserturmstr. 16 mit Erweiterung um eine Krippengruppe begonnen (Stadtratsbeschluss vom 28.10.2010).

U3-Plätze nach Inbetriebnahme aller schon beschlossener Projekte	993
Krippenplätze gemäß Priorisierungsliste 2011	102
U3-Plätze nach Umsetzung der Priorisierungsliste 2011	1.095

C. Anfragen und Vorhaben in Planung:

Folgende Anfragen, Vorhaben in Planung bzw. Standorte sind der Projektgruppe Krippenausbauplanung 2013 derzeit bekannt und stehen zur Entscheidung an.

Es wäre wünschenswert, wenn für evtl. Voranfragen von Trägern bzgl. Ausbauplanungen eine Verpflichtungsermächtigung (VE) für 2013 i.H.v. 800.000,00 Euro bereit gestellt wird.

Bezeichnung des Vorhabens	Beschreibung
Montessori-Kindergarten, Dech-sendorfer Platz 12	Anbau an den bestehenden Kindergarten schwierig – Umsetzung sehr komplex
Kindergarten Regenbogen, Bü-chenbacher Anlage 29	Ergänzung des bestehenden Kindergarten
Klinikum am Europakanal, Am Eu-ropakanal 71	Trägerschaft AWO, betriebsnahe Plätze
Grundstücke in Büchenbach	Klärungsbedarf
Johanneskirche, Schallershofer Str.	Krippe als Ergänzung des bestehen- den Kindergartens
städt. Grundstück in der Killin-gerstraße	Gemeinbedarfsfläche
städtischer Kindergarten Flohkiste, Hans-Sachs-Str. 2	Erweiterung des Kindergartens; aus städtebaulicher Sicht sehr kritisch
Evangelischer Kindergarten "Per-le", Erlöserkirche, Donaust. 8a	Erweiterung des 4-gruppigen Kinder- gartens; Umsetzung aufgrund der Grundstücks- gegebenheiten schwierig
Grundstück Michael-Vogel-Str.	Prüfung, ob Standort geeignet
Grundstück Hertleinstr.	Prüfung, ob Standort geeignet
Ev. Kirche Altstadt, Haagstr.	Erweiterung der Krippe (2. Gruppe)

Krakadu II, Henkestr. 35	Anfrage
FAG-Gelände	2 Krippen- und ggf. 1 Kindergarten- gruppe
städtischer Kindergarten, Sand- bergstr. 6	Umwandlung einer Kindergarten- in eine Krippengruppe
Champini (evtl. Daimlerstr. 11)	Interesse an einer Trägerschaft in Erlangen
Kath. Kindergarten St. Marien, An der Lauseiche 3	Erweiterung der bestehenden Krippe
Grimmer, Fürther Str. 2	Klärungsbedarf
Grundstück Gärtnerei Menger	Klärungsbedarf
3. AWO-Grundstück im Rötherheimpark	Bauverpflichtung
Universität, Technische Fakultät, Erwin-Rommel-Str. 60	fakultätsinterne Bedarfsprüfung
Gemeindezentrum Frauenaurach, Gaisbühlstr. 4	Prüfung durch GME
städt. Grundstück Geisberg	Gemeinbedarfsfläche
Kinderhaus St. Kunigund, Holz- schuherring 40 (Firma Rehau)	weitere Krippengruppe im Kinder- haus St. Kunigund
AWO „Sonnenschein“, Am Weich- selgarten 3	Erweiterung der Krippe

D. Betriebskosten:

Durch die Neuschaffung von Krippenplätzen erhöhen sich die Betriebskostenzuschüsse. Pro Krippengruppe fallen für die Stadt Erlangen pro Jahr ca. 80.000,- € an, wobei die Hälfte (ca. 40.000,- € pro Krippengruppe) durch den Freistaat Bayern refinanziert wird. Die Umsetzung der Priorisierungsliste 2011 zieht folglich zusätzliche Betriebskostenzuschüsse in Höhe von ca. 720.000,- € pro Jahr mit sich, wobei ca. 360.000,- € vom Freistaat Bayern an die Stadt Erlangen zurückfließen.

Diese laufenden Zuschüsse fallen ab dem Tag der Inbetriebnahme an. Mit der Kämmerei wurde vereinbart, dass die Mittel für die Betriebskostenzuschüsse je nach Zeitpunkt der Inbetriebnahme zur Verfügung gestellt werden.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:

2011	500.000,- €	bei IPNr. 365D.880
VE 2012	3.500.000,- €	

Folgekosten:

Betriebskostenzuschüsse für 9 neue Krippengruppen	ca. 720.000,- €	bei Sachkonto 530101 pro Jahr
---	-----------------	-------------------------------

Korrespondierende Einnahmen durch staatl. Refinanzierung:

- gemäß Krippenförderrichtlinie für Investitionen	ca. 2.600.000,- €	bei IP-Nr. 365D.610ES
---	-------------------	-----------------------

- gemäß FAG für Investitionen	ca. 300.000,- €	bei IP-Nr. 365D.610ES
-------------------------------	-----------------	-----------------------

- gemäß BayKiBiG für Betriebskostenförderung	ca. 360.000,- €	bei Sachkonto 414101
--	-----------------	----------------------

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

☐

werden nicht benötigt

☒

sind im Haushaltsentwurf 2011 und Investitionsprogramm 2010-2014 vorhanden auf IP-Nr. 365D.880

☐

sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
IV/510/RRF

Verantwortliche/r:
Rottmann, Reinhard

Vorlagennummer:
51/011/2010

Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschuss

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Jugendhilfeausschuss	02.12.2010	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	09.12.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Jugendhilfeausschuss begutachtet, der Stadtrat beschließt:

als Vertreterin Diakonie im Jugendhilfeausschuss wird Frau Sabine Hornung als stimmberechtigtes Mitglied gewählt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Änderung der Besetzung des Jugendhilfeausschusses nachdem das Diakonische Werk Frau Sabine Hornung anstelle des bisherigen stimmberechtigten Mitglieds, Herrn Achim Falk, vorschlägt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Wahl von Frau Sabine Hornung als stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Frau Hornung ist Leiterin der Bezirksstelle der Diakonie Erlangen, Bereichsleitung Soziale Dienste und Leiterin der Tagespflege „Maria Busch Haus“. Sie gehört nicht dem Stadtrat an.

Die nicht dem Stadtrat angehörenden stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses werden nach § 51 Abs. 3 Satz 1 und 4 GO gewählt. Abweichend von Art. 51 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 GO erfolgt die Wahl in offener Abstimmung (§ 4 Abs. 1 der Satzung für den Jugendhilfeausschuss der Stadt Erlangen).

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
- ☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- ☐ sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/39/BJK

Verantwortliche/r:
Frau Dr. Bauer

Vorlagennummer:
39/005/2010

Fraktionsantrag Erlanger Linke "Donnerstag ist Veggietag" (Nr. 106/2010)

Antrag der Erlanger Linken vom 25.10.2010

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	09.12.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Antrag der Fraktion Erlanger Linke vom 25.10.2010 (Nr. 106/2010) wird nicht weiterverfolgt. Der Antrag ist abschließend bearbeitet.

II. Begründung

Die Initiative für eine vegetarische Ernährung an einem Tag der Woche kann aus Umweltaspekten, Tierschutzgründen und aus Gründen des Gesundheitsschutzes grundsätzlich positiv bewertet werden. Jedoch besteht unseres Erachtens kein Handlungsbedarf der Verwaltung, da bereits in allen städtischen Versorgungseinrichtungen in der Regel mindestens ein vegetarisches Essen angeboten wird. Es besteht auch in anderen öffentlichen Versorgungseinrichtungen und privaten Restaurants ein vielfältiges Angebot vegetarischer Gerichte, auf die in Auslagen und Essensplänen explizit hingewiesen wird.

Ebenso wird es nicht für sachgerecht gehalten, den Versorgungseinrichtungen das jeweilige Speiseangebot vorzuschreiben. Für die Anbieter sind eine Optimierung der Auslastung, die Nachfrage der Kunden und die Wirtschaftlichkeit Ihres Betriebes elementarer Bestandteil ihrer Tätigkeit. Es liegt letztlich in der Verantwortungsbereitschaft eines jeden Einzelnen sich gesundheitsbewusst zu ernähren, was durch das vielfältige Speisenangebot auch ermöglicht wird.

Auch sind die finanziellen Voraussetzungen für das Vorhaben in der Stadt Erlangen nicht gegeben. Die im Antrag genannte Bürgerstiftung der Stadt Bremen, unterstützt die „Veggie-Day-Initiative“ im erheblichen Umfang. Dagegen wird es in Zeiten von Haushaltskonsolidierung und Sparzwängen nicht als städtische Aufgabe erachtet, ein solches Projekt durchzuführen oder finanziell zu übernehmen. Dagegen wird auf interessierte Institutionen und Unternehmen verwiesen, die aufgrund ihrer eigenständigen Entscheidung beabsichtigen, eine solche Initiative zu unterstützen und gegebenenfalls auch umzusetzen.

Anlagen: -

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 26.10.2010

Antragsnr.: 106/2010

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: III/39/Fr. Dr. Bauer

mit Referat:

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789

fax 09131/86-1791

e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de

<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>

Erlangen, den 25.10.10

Antrag „Donnerstag ist Veggietag“.

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

hiermit beantragen wir, die Stadt Erlangen schließt sich der Initiative „Donnerstag ist Veggietag“ an. Nähere Infos unter: <http://www.veggiday.de/>

Begründung:

Als erste deutsche Stadt hat sich Bremen (aktuell auch Schweinfurt) mit der Veggie-Day-Initiative der Bürgerstiftung unter Schirmherrschaft des Bürgermeisters Jens Böhrnsen dazu entschlossen, für Umwelt, Mensch und Tiere den Donnerstag vegetarisch zu begehen. Jeden Donnerstag heißt es nun für offizielle Empfänge, Schulmensen und Kantinen „Gemüse satt“. Daneben informieren zahlreiche Kochkurse, Broschüren und ein vegetarischer Stadtplan die Menschen darüber, dass sie mit ihrem Essverhalten mehr im Klimaschutz bewirken können als mit der Wahl der Transportmittel. Viel hat man die letzten Monate zum Thema Klimaschutz gehört, doch wussten Sie, dass der Konsum von Fleisch ca. 40% mehr Treibhausgas-Emissionen verursacht als alle Autos, Lastwagen, Flugzeuge, Geländewagen und Schiffe weltweit zusammen und die Tierwirtschaft sogar für 51% der anthropogen verursachten Treibhausgase verantwortlich ist? Denn Methan, das vor allem in der Tierwirtschaft entsteht, ist wesentlich klimarelevanter als Kohlenstoffdioxid, aber hat zugleich auch eine geringere Halbwertszeit. Allein wenn man ein Viertel weniger tierische Produkte herstellt und verbraucht, kann man enorme Fortschritte für die Umwelt und das Klima erzielen. Diese vegetarischen Lebensmittel sollten natürlich aus der Region kommen.

Quelle: <http://www.peta.de/veggietag> und <http://donnerstag-veggietag.de/>

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung -öffentlich-	1
------------------------	---

Vorlagendokumente

TOP Ö 13.1 Anhebung der Strom-Grundversorgungspreise zum 1. Januar 2011	
Mitteilung zur Kenntnis III/015/2010	3
Strompreisänderung Beispiele-StR-09.12.2010 III/015/2010	5
TOP Ö 13.2 Wirtschafts- und Investitionsplan 2011 der GGFA Erlangen AöR	
Mitteilung zur Kenntnis II/070/2010	6
Anlage 1: Vorläufiger Wirtschaftsplan 2011 II/070/2010	7
Anlage 2: Investitionsplan 2011 II/070/2010	8
TOP Ö 13.3 Termine Bürgerversammlungen 2011	
Mitteilung zur Kenntnis 13-1/001/2010	9
TOP Ö 13.4 Stadtrats- und Fraktionsanträge seit der letzten Stadtratssitzung	
Mitteilung zur Kenntnis 13-2/073/2010	10
Liste StR 09.12.2010 13-2/073/2010	11
TOP Ö 13.5 Veranstaltungen im Dezember 2010, Januar, Februar und März 2011	
Mitteilung zur Kenntnis V/010/2010	13
TOP Ö 13.6 10-Punkte-Programm für ein Haushaltskonsolidierungskonzept	
Mitteilung zur Kenntnis 112/022/2010	15
TOP Ö 13.7 Resolution des Beirates zur Erlanger Agenda 21 zum Sparpaket der Bun	
Mitteilung zur Kenntnis 13/017/2010	17
TOP Ö 16 Fortführung des Agenda 21 - Schwerpunktthemas sozialERlangen	
Beschlussvorlage 13/016/2010	19
TOP Ö 17 sozialERlangen 2011 - Einrichtung eines Interkulturellen Gartens	
Beschlussvorlage 13/015/2010	21
TOP Ö 18 Umsetzung des Entwicklungsplans "Öffentlich-kulturelle Gebäude in der	
Beschlussvorlage IV/013/2010/1	24
Anlage 1 Flächen- und Nutzungsübersicht Frankenhof IV/013/2010/1	30
Anlage 2 Kostennübersicht Sanierung Innenstadt QB IV/013/2010/1	31
TOP Ö 19 Krippenausbau: Fortschreibung der Priorisierungsliste für das Jahr 201	
Beschlussvorlage 512/024/2010	33
TOP Ö 20 Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses	
Beschlussvorlage 51/011/2010	38
TOP Ö 21 Fraktionsantrag Erlanger Linke "Donnerstag ist Veggietag" (Nr. 106/201	
Beschlussvorlage 39/005/2010	40
Fraktionsantrag Erlanger Linke Nr. 106/2010 39/005/2010	42

Inhaltsverzeichnis	43
--------------------	----